

**Vorstellung der Kandidaten zum Parteivorsitz,
Friedrich Merz**

Friedrich Merz: Herr Tagungspräsident, lieber Daniel Günther, Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser 31. Parteitag der CDU Deutschlands wird in die Geschichte eingehen als ein ganz außergewöhnlicher Parteitag. Wir verabschieden mit großer Dankbarkeit und Anerkennung Angela Merkel nach 18 Jahren an der Spitze unserer Partei, und wir besetzen dieses Amt neu, den Vorstand insgesamt, und richten zugleich den Blick nach vorne, in die Zukunft. Von diesem Parteitag, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, muss ein Signal des Aufbruchs und der Erneuerung unserer Partei ausgehen.

(Beifall)

Uns begleitet heute eine ganz außergewöhnlich große internationale Öffentlichkeit. Auf uns wird geschaut, weil sich mit unserer Partei große Erwartungen verbinden. Wir sind in Europa wahrscheinlich eine der letzten, vielleicht die letzte große christdemokratische Volkspartei, und das wollen, ja, das müssen wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auch bleiben.

(Beifall)

Die CDU hat – Angela Merkel hat heute Morgen schon darauf hingewiesen – in den 70 Jahren der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland 50 Jahre das Land regiert. Wir haben damit eine Verantwortung, die über uns selbst hinausreicht. Mit uns als Volkspartei der Mitte muss sich auch in Zukunft politische Stabilität in Deutschland und in unseren europäischen und internationalen Beziehungen verbinden. Keine andere Partei in Deutschland und in Europa ist dazu so sehr aufgerufen wie wir, die Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Wir treffen uns heute – dies hat der Landesvorsitzende heute Morgen schon gesagt – zum dritten Mal nach der Wiedervereinigung in Hamburg. Viele von uns erinnern sich noch an die Jahre 1990 und 1994. Es begann ja damals auch für uns eine neue

Zeitrechnung. Der eine oder andere Beobachter schrieb damals vom Ende der Geschichte, weil ja jetzt alle Konflikte gelöst und alle Probleme weitgehend beseitigt sind. 1990 und 1994 hier in Hamburg konnten wir noch nicht ahnen, welche Herausforderungen ein Vierteljahrhundert später auf uns zukommen würden. Wir waren damals fest davon überzeugt, dass nach der Überwindung der Teilung unseres Landes und des Kalten Krieges eine lange Periode des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit begonnen hat. Wir konnten uns nicht vorstellen, dass im Jahr 2014 in Europa erstmals wieder Grenzen mit militärischer Gewalt verschoben werden. Wir waren im Gegenteil sicher, dass es mit Russland zu einem dauerhaften friedlichen Zusammensein kommen würde und wir eine Friedensdividende mit Abrüstung und geringeren Ausgaben für unsere Verteidigung vereinnahmen könnten. Der europäische Binnenmarkt – ich war selbst im Europäischen Parlament in dieser Zeit dabei – ist in der Zeit in Kraft getreten. Wir waren auf dem Weg zur großen Osterweiterung der Europäischen Union. Wir konnten uns beim besten Willen nicht vorstellen, dass ein so großes Mitgliedsland wie Großbritannien einmal tatsächlich die Europäische Union verlassen würde. China befand sich mehr oder weniger auf dem Stand eines Entwicklungslandes, und wir waren sicher, dass ein Land unter der Führung einer kommunistischen Partei den Anschluss an die hochentwickelten Staaten des Westens mit Demokratie und Marktwirtschaft so schnell nicht finden würde. Wir wussten schließlich die Vereinigten Staaten von Amerika fest an unserer Seite, und wir konnten uns beim besten Willen nicht vorstellen, dass dort einmal ein Präsident ins Amt kommen würde, der mehr oder weniger alles infrage stellt, was unsere westliche Staatengemeinschaft ausmacht und worin wir uns fest und sicher aufgehoben fühlten.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich sage dies alles, weil wir uns klar darüber sein müssen, dass von diesen vielen Gewissheiten heute kaum noch etwas geblieben ist. Wir leben, für alle spürbar, in einer Zeit des Umbruchs und des tiefen Wandels.

Mit diesen Veränderungen und diesem Wandel sind trotzdem viele Verbesserungen verbunden. Angela Merkel hat ja in der neuen Zeitschrift, die wir in den letzten Tagen zum Grundsatzprogrammprozess bekommen haben, darauf hingewiesen, was sich alles in den letzten 20 Jahren verbessert hat: Die extreme Armut auf der Welt hat sich fast halbiert. Die Lebenserwartung in Deutschland steigt kontinuierlich an, die

Arbeitslosigkeit ist auf dem tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung. Löhne steigen, Renten steigen, und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte geht erstmalig seit Jahrzehnten zurück.

Trotzdem verlieren die Volksparteien in Deutschland seit längerer Zeit kontinuierlich an Zustimmung. Die SPD liegt mittlerweile klar unter 20 Prozent und die CDU unter 30 Prozent. Zugleich werden die Populisten von rechts und links immer lauter und immer erfolgreicher. Und nicht wenige unserer früheren Wählerinnen und Wähler finden plötzlich bei den Grünen eine neue politische Heimat. Damit dies heute auch von dieser Stelle aus klar ist: Ich bestreite niemandem in unserer Partei den guten Willen, vor allem die an die AfD verloren gegangenen Wählerinnen und Wähler zurückzuholen. Aber es gelingt uns augenscheinlich nicht.

(Beifall)

Im Gegenteil: Seit der Landtagswahl in Hessen sitzt diese Partei in allen 16 Landtagen, und diese Partei, die vor Jahr und Tag noch viele von uns für eine vorübergehende Erscheinung gehalten haben, ist im Deutschen Bundestag die größte Oppositionspartei. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, dieser Zustand ist für mich und, ich denke, für alle von Ihnen einfach unerträglich.

(Beifall)

Er gefährdet nicht nur unsere Mehrheitsfähigkeit in der Mitte, er gefährdet die Stabilität unseres Landes. Deshalb meine und sage ich: Wir brauchen einen Strategiewechsel im Umgang mit den Themen, im Umgang mit unseren politischen Wettbewerbern und vor allem in der Kommunikation mit den Menschen in unserem Land.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, lassen Sie mich mit dem letzten Punkt beginnen. Es ist gut und richtig, dass wir mit diesem Parteitag heute einen neuen Grundsatzprogrammprozess beginnen. Ich freue mich darüber.

Grundsatzprogrammprozesse sind aber zuallererst Selbstreflexion und Selbstvergewisserung einer politischen Partei. Sie können nicht die ständige Dialogbereitschaft und vor allem die Fähigkeit ersetzen, aktuelle politische Fragen zu klären, zu erklären, Entwicklungen aufzuzeigen und zugleich Ziele der eigenen Politik in einer verständlichen Sprache zu erläutern.

(Beifall)

Unser Dialog mit der Öffentlichkeit beginnt beim Zuhören. Unsere Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer – ich will das hier ausdrücklich sagen – hat dies in den letzten Monaten in einer geradezu beeindruckenden Weise bereits begonnen.

(Beifall)

Aus diesem Zuhören muss ein Dialog werden. Aus dem Dialog müssen Antworten von uns entstehen. Wir lassen immer noch zu viele Menschen mit ihren Fragen allein, etwa dann, wenn es um sichere Arbeitsplätze geht, um bezahlbares Wohnen in den großen Städten, um Sicherheit von Rente und Pflege, um die Betreuung unserer Kinder, um die Qualität der Ausbildung in unseren Schulen und um eine saubere Umwelt. Natürlich gehört auch weiter das Thema Migration und Integration auf diese Themenliste, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es gibt eine ganze Reihe von weiteren Themen. Unsere Umweltpolitik – darf ich das so offen sagen? – ist voller Widersprüche. Wir sind bei den Kosten für Energiewende und Umweltschutz Weltmeister. Aber wir sitzen in Kattowitz bei den ökologischen Schlusslichtern in der letzten Reihe. Und es steht immer noch das unbeherrschte Dieselthema als Symbol geradezu in der Mitte unserer Diskussion.

(Beifall)

Zum Thema innere Sicherheit. Ob es uns gefällt oder nicht: Viele Bürgerinnen und Bürger, gerade Wählerinnen und Wähler von uns, haben das Vertrauen in die

Fähigkeit unseres Staates verloren, Sicherheit für das Land und für jeden Einzelnen bei uns auch durchzusetzen. Sie haben abends Angst. Ältere Menschen bleiben zu Hause. Jugendliche erleben zu oft in den Schulen und im Alltag bereits Gewalt und Bedrohungen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Bürger erwarten, dass der Staat die Kontrolle über seine Grenzen und auch über die Menschen, die zu uns kommen, behält. Auch dieses Vertrauen haben wir in den letzten Jahren verloren.

(Beifall)

Stichwort Steuern und Abgaben. Liebe Freundinnen und Freunde, wir freuen uns, dass es der Wirtschaft gutgeht, dass Arbeitsplätze entstehen und dass die Einnahmen des Staates steigen. Aber immer mehr Menschen fragen: Wie viel netto bleibt mir eigentlich am Ende des Monats übrig? Lohnt sich überhaupt noch so viel oder vielleicht sogar ein bisschen mehr zu arbeiten? Und was passiert, wenn es wirtschaftlich einmal schwieriger wird, was zum jetzigen Zeitpunkt absehbar ist? Wie geht es dann mit unserer Volkswirtschaft weiter? Ich meine deshalb: Wir als die Partei von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, als die Partei der sozialen Marktwirtschaft brauchen eine Agenda für die Fleißigen,

(Beifall)

eine Agenda, die sich denen zuwendet, die mit Arbeit und Fleiß unser Land starkmachen, eine Agenda für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unseren Betrieben, für die Polizisten in unseren Straßen, für die Lehrerinnen und Lehrer in unseren Schulen, für die Ärzte und das Pflegepersonal in unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen, für die Eigentümerunternehmer, die Selbstständigen und für die vielen Handwerker. Kurzum: Für all diejenigen, die nicht zuerst nach dem Staat rufen, sondern die ihr Leben selbst in die Hand nehmen, die etwas daraus machen und an uns als die Repräsentanten der politischen Parteien und unseres Staates nur eine einzige Bitte haben: Lasst uns in Ruhe arbeiten!

(Beifall)

Richtig ist: Wir müssen in unseren Reden viel mehr darüber sprechen, wo wir die Probleme und Herausforderungen sehen, wie wir sie lösen wollen und welche langfristigen Ziele wir verfolgen. Wir müssen klare Positionen einnehmen und sie den Menschen in einer verständlichen Sprache vermitteln. Auf einen Punkt: Ohne klare Positionen bekommen wir keine besseren Wahlergebnisse, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Eine solche Überzeugungsarbeit gelingt uns auch nur, wenn wir wieder bereit sind, mit unseren politischen Gegnern zu streiten. Als Volkspartei der Mitte müssen wir den politischen Meinungsstreit wieder in die politische Mitte zurückholen. Dabei sind nicht, um es klar und deutlich zu sagen, die Populisten von rechts und links unsere Hauptgegner, sondern vor allem SPD, Grüne und FDP.

(Vereinzelt Beifall)

Auch wenn wir jetzt, liebe Freundinnen und Freunde, mit der SPD in einer Großen Koalition in Berlin zusammen sind: Es unterscheidet uns unverändert vieles von dieser SPD.

(Beifall)

Wir haben ein christliches Menschenbild und damit ein festes Wertefundament, das uns bindet und das uns zugleich vom Wahn fernhält, wir könnten alles auf dieser Welt mit Gesetzen und Verordnungen regeln. Das geht nicht.

(Beifall)

Wir glauben unverändert an die Freiheit und die Verantwortung eines jeden Einzelnen. Wir trauen den Menschen eben etwas zu, und wir halten sie nicht für

betreuungswürdige und bedürftige Wesen vom ersten bis zum letzten Tag, über die der Staat immer und jederzeit seine lenkende Hand halten muss. Das wollen wir nicht.

(Beifall)

Wir setzen in unseren Unternehmen nicht auf Klassenkampf, sondern auf Partnerschaft mit sozialem Ausgleich. Wir sind übrigens immer noch der Meinung, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist,

(Beifall)

sondern dass die vielen kleinen, mittleren und auch die großen Unternehmen in unserem Land sehr wohl und sehr weit gehend ihrer unternehmerischen und ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

Ja, es gibt Ausnahmen; aber das sind Ausnahmen und nicht Systemfehler, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde.

(Beifall)

Wir sind der Auffassung, dass der Nationalstaat nicht überholt ist, sondern unverändert der Ort ist, der Identität gibt, der den Menschen ein Zugehörigkeitsgefühl, ja ein Heimatgefühl vermittelt und der vor allem Sicherheit im Alltag gewährleistet. Unsere Gesellschaft ist weltoffen und tolerant. Sie ist hilfsbereit wie nur wenige andere Länder auf der Welt. Aber es gibt auch Grenzen unserer Möglichkeiten, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde.

(Beifall)

Wir stehen klar und eindeutig zum Gewaltmonopol unseres Staates.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb lassen wir es den Grünen nicht durchgehen, dass sie in den Parlamenten die Gesetze mitbeschließen und anschließend nicht nur dagegen demonstrieren, sondern auch keinen Abstand mehr zu denen halten, die Gewalt gegen unsere Polizisten ausüben und ein vermeintliches Widerstandsrecht für sich in Anspruch nehmen.

(Beifall)

Wir wissen, dass innere und äußere Sicherheit zusammengehören. Wir müssen mehr tun für unsere Verteidigung. Das kommt ja hier nun Gott sei Dank auch in einem Entschließungsantrag zum Ausdruck. Wir haben aber auch eine Fürsorgeverantwortung für unsere Soldatinnen und Soldaten.

Liebe Freundinnen und Freunde, Deutschlands Stimme in der Welt wird besonders glaubwürdig, wenn wir die Zustimmung der gesamten Europäischen Union hinter uns wissen. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, wo dies aus meinem eigenen Miterleben besonders eindrucksvoll gelungen ist. Angela, du weißt: Als es auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 um die Frage ging, ob wir die Ukraine bewaffnen, um den dortigen Konflikt militärisch zu lösen, wollten die Amerikaner uns dazu drängen. Du hast dich damals auf der Münchner Sicherheitskonferenz vehement dagegengestemmt, auch gegen einige sehr polemische Reden unserer amerikanischen Freunde. Du hattest die gesamte Europäische Union hinter dir, und am Sonntag haben die Amerikaner eingelenkt und zugestanden, dass dieser Ton nicht in Ordnung war und dass es eine bessere Strategie ist, mit anderen Maßnahmen als mit militärischer Aufrüstung den Konflikt in der Ukraine zu lösen.

Liebe Freunde, Sie wissen vermutlich, dass ich wirklich ein Freund Amerikas bin, aber die Amerikaner brauchen hin und wieder eine klare und eindeutige Ansage. Die ist dann glaubwürdig, wenn sie nicht nur aus Deutschland vorgetragen wird, sondern wenn die gesamte Europäische Union sagt: So wollen wir das nicht! Die Amerikaner akzeptieren Stärke und nicht Schwäche, und das müssen wir auch in diesen schwierigen Zeiten so praktizieren.

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, als Volkspartei der Mitte können und wollen wir wieder bis zu 40 Prozent der Stimmen der Wählerinnen und Wähler in unserem ganzen Land erreichen.

(Vereinzelt Beifall)

Das setzt aber voraus, dass wir das Spektrum unseres politischen Angebots erweitern und uns dazu bekennen, dass christlich-soziale, liberale und auch konservative, wertkonservative Frauen und Männer aus allen sozialen Schichten in unserer Partei ihren Platz haben.

(Beifall)

Ich möchte deswegen an dieser Stelle hier sehr offen ansprechen: Uns wird von verschiedener Seite – nicht von uns, sondern von Beratern – geraten, das Auftreten der AfD als – wie heißt es dort? –Chance für die Union zu begreifen, da unsere Fokussierung auf die politische Mitte damit glaubwürdiger wäre und es Rot-Grün oder gar Rot-Rot-Grün noch schwerer werde, zu parlamentarischen Mehrheiten zu kommen. Wir haben das einmal asymmetrische Demobilisierung genannt. Ich gebe zu: Auch ich selbst habe das in einem meiner Bundestagswahlkämpfe sehr erfolgreich praktiziert. Aber alles hat seine Zeit.

(Beifall)

Die Auszehrung des politischen Meinungsstreits in der Mitte verlagert mittlerweile den politischen Meinungsstreit auf die Ränder, die immer stärker werden, vor allem im Osten. Da fehlt uns plötzlich ein politisches Narrativ in diesem Teil des Wählerspektrums, der immer noch die Mehrheit unserer Bevölkerung ausmacht, nämlich derer, die ganz normal leben, die fleißig sind, die tolerant und anständig sind, die aber auch nach Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit verlangen.

(Beifall)

Das war ja ganz offenkundig auch der Grund dafür, dass wir in den Regionalkonferenzen diesen großen Zuspruch bekommen haben. Plötzlich kommen da wieder Mitglieder zu Veranstaltungen der CDU, die es interessant und spannend finden, mitzuerleben, wie und worüber diese Partei diskutiert. Diese Mobilisierung unserer Partei, liebe Freundinnen und Freunde, zeigt aber auch eines ganz klar: Wir müssen wieder diskutieren, wir müssen um Antworten ringen, wir müssen wieder eine gesunde Streitkultur entwickeln – nicht um Personen, sondern um Sachfragen. Und mit der richtigen Streitkultur wird auch nicht aus jeder Sachfrage sofort eine Personalfrage.

(Beifall)

Ich möchte aus gegebenem Anlass einen weiteren Aspekt hinzufügen. Wir müssen ein noch besseres Gefühl für die Sorgen und die Unsicherheit der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern entwickeln, die bereits einen tiefen Strukturbruch hinter sich haben. Sie haben Anspruch auf unseren uneingeschränkten Respekt. Sie verdienen ihn vor dem Hintergrund der großen Veränderungsbereitschaft und dem Neuanfang, den sie seit 1990 in fast allen Lebensbereichen erreicht haben. Ich sage das, weil unsere Landesparteien dort Anspruch darauf haben, dass wir ihre besondere Situation beachten und dass wir mit ihnen kämpfen, vor allem im nächsten Jahr, wenn neben der Kommunalwahl und der Europawahl auch Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen anstehen. Ich möchte Ihnen allen aus den ostdeutschen Bundesländern hier sagen: Da wird sich die gesamte Bundespartei engagieren, und zwar so stark wie seit den Wahlen nach der Wiedervereinigung nicht mehr. Wir überlassen insbesondere den Osten unseres Landes nicht den Populisten von links und rechts, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir steuern in 9 von 16 Bundesländern auf Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 zu. Wir steuern auf die Europawahlen, ebenfalls an diesem 26. Mai 2019, zu. Wir müssen Kommunalpartei und Europapartei zugleich sein. Wir müssen die Europapartei in Deutschland sein.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, die Europawahl 2019 – ich war selbst fünf Jahre in diesem Europäischen Parlament – wird eine Bedeutung für die Zukunft Europas haben wie vermutlich keine seit 1979. Auch hier gilt: Wir wollen und wir können als die mit Abstand stärkste Gruppe aus Deutschland in das Europäische Parlament einziehen. Aber das geht nur, wenn wir keinen Zweifel daran lassen, wie wichtig Europa für uns ist, und wenn wir ganz genau wissen, dass die großen Herausforderungen unserer Zeit wie Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel, die gesamte Migrationfrage nur mit und nicht ohne oder gar gegen unsere europäischen Partner gelöst werden können.

(Beifall)

Wir müssen zugleich klarmachen: Europa ist kein Selbstbedienungsladen, kein Kuchen, aus dem man sich die Rosinen sozusagen herauspicken kann oder ein Europa à la carte, wo für jeden etwas dabei ist. Wir sind in Europa eine Rechtsgemeinschaft, die sich an die Regeln hält, weil sonst der Zusammenhalt in dieser Europäischen Union verloren geht und das gesamte Projekt gefährdet wird.

(Beifall)

Zusammenhalt, meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ist auch unsere Antwort an die junge Generation. Wir brauchen ja jüngere Mitglieder. Wir brauchen vor allem mehr Frauen in unserer politischen Arbeit. Aber nur darum zu werben, ist nicht die richtige Antwort. Wir müssen um die Jungen kämpfen und ihnen Mitwirkungsmöglichkeiten in unserer Partei anbieten. Wir haben eine Verantwortung für die zukünftige Generation, die sich nicht nur in der Umweltpolitik zeigt. Nachhaltigkeit gilt auch für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft insgesamt, für die Alterssicherungssysteme und für die Generationengerechtigkeit schlechthin.

Das gute Miteinander von Junger Union und Senioren-Union zeigt: Wir sind mit diesen beiden Vereinigungen sogar in der Lage, gemeinsame, generationenübergreifende politische Positionen zu erarbeiten. Wir leisten damit in der Partei einen Beitrag zum Zusammenhalt der Generationen, der dann auch für die gesamte Gesellschaft in Deutschland vorbildlich ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal das Stichwort Zusammenhalt für unsere Partei aufgreifen. In diesen Tagen und Wochen wurde geschrieben und behauptet, es drohen jetzt ein Auseinanderfallen, ein Auseinanderdriften, eine Spaltung oder gar Neuwahlen in Deutschland. Ich bin ja oft gefragt worden, wie kann es mit Friedrich Merz als Parteivorsitzendem und Angela Merkel als Bundeskanzlerin gut gehen. Dazu will ich ein ganz klares und eindeutiges Wort sagen: Natürlich geht das gut; denn wir alle haben nicht nur großen Respekt vor der persönlichen Leistung von Angela Merkel, wir haben genauso Respekt vor Staatsämtern. Für uns gilt: immer das Land vor der Partei und immer die Partei vor jedem Einzelnen von uns. Daran wird sich jeder halten, auch ein Vorsitzender Friedrich Merz.

(Beifall)

Wir haben eine gewählte Regierung und ein bis 2021 gewähltes Parlament. Die Aufgabe eines jeden Parteivorsitzenden der CDU wird sein, mitzuhelfen, dass Deutschland in schwierigen Zeiten eine stabile Regierung und ein gut arbeitendes Parlament hat. Führen möchte ich diese Partei als Vorsitzender eines Teams, das unsere Stärken insgesamt zeigt, das, wie in einer guten Fußballmannschaft, auch Flügelstürmer zulässt, die Tore schießen. Das muss nicht immer nur der Vorsitzende selbst und allein tun.

(Beifall)

Die CDU ist eine moderne Partei, die ein breites Spektrum anbietet. Deswegen ist für mich völlig klar, dass Annegret Kramp-Karrenbauer und Jens Spahn auch im Falle

meiner Wahl ihren Platz in der engsten Führungsmannschaft der CDU haben müssen. Sie werden ihren Platz dort haben.

(Beifall)

Es muss wirklich Freude machen, für unser Land politisch zu arbeiten. Das geht aber nur, wenn es uns auch selbst Freude macht, wenn wir untereinander Spaß an der Arbeit haben. Heiner Geißler hat einmal gesagt: Man kann die Menschen im Lande draußen nur begeistern, wenn man sich selbst begeistert. Ja, wir müssen wieder selbst ein Stück von uns begeistert sein. Das geht mit unseren Vereinigungen, mit unseren 400 000 Mitgliedern in der Partei. Das geht mit unseren Fachausschüssen, mit dem großen Fundus an Kenntnissen und Fähigkeiten, die wir in unserer Partei haben.

Ich stehe deshalb heute hier. Diesen Auftrag möchte ich gern annehmen in Ihrer aller Namen und möchte mit Ihnen zusammen dafür sorgen, dass die CDU Deutschlands die große Volkspartei der Mitte in Deutschland bleibt und ihren Auftrag in Deutschland, in Europa und in der Welt so wahrnimmt, wie wir es heute richtigerweise Angela Merkel für ihre Tätigkeit als Parteivorsitzende gedankt haben. Deshalb bitte ich um Ihr Vertrauen. Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall – Ein Teil der Delegierten erhebt sich)